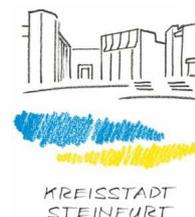


Leitbild für die Seniorenpolitik

der
Stadt Steinfurt

beschlossen am 05.04.2006 durch den Ausschuss für
Soziales, Jugend, Familie und Gesundheit



Inhaltsverzeichnis

1. - Vorwort Einleitung
2. - Ausgangslage demographische Entwicklung
 - 2.1. Zunehmende Lebenserwartung und Hochaltrigkeit
 - 2.2. Vereinsamung und Verweiblichung
 - 2.3. Migranten
 - 2.4. Verjüngung des Alters
 - 2.5. Thesen und Möglichkeiten kommunaler Seniorenpolitik
- 3 - Ziele und Handlungsempfehlungen
 - 3.1. Erhalt der menschlichen Würde und individuellen Lebensführung
 - 3.2. Selbständige Lebensführung
 - 3.3. Teilnahme am gesellschaftlichen und politischen Leben
 - 3.4. Sport
 - 3.5. Gesundheit
 - 3.6. Weiterbeschäftigung und Weiterbildung
 - 3.7. Seniorennetzwerke
 - 3.8. Politische Partizipation
 - 3.9. Wohnungsbau und Bauleitplanung
- 4 - Hospiz
- 5 - Zusammen-/Kurzfassung der Ideen/ Handlungsempfehlung
- 6 - Schlusswort

Anhang

Leitbild für die zukünftige Seniorenpolitik in Steinfurt

Vorwort

Unsere Gesellschaft altert. Dieser Trend wird sich auch in den kommenden Jahrzehnten merklich und beschleunigt fortsetzen und zunehmend alle Bereiche des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens beeinflussen. Die Stadt Steinfurt wird von dieser demographischen Entwicklung nicht ausgenommen.

Durch das veränderte Verhältnis von Jung und Alt und die höhere Lebenserwartung ist unsere Gesellschaft in Zukunft verstärkt auf das Miteinander der Generationen angewiesen. Solidarität unter den Generationen, gegenseitiges Verständnis und Toleranz werden zunehmend als wichtige Ziele in den Blick auch Steinfurter kommunaler Seniorenpolitik rücken und ein Umdenken in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft erfordern.

Die Veränderung der Bevölkerungs- und Familienstruktur, vorverlagertes Berufsaustrittsalter, Ausdünnung verwandtschaftlicher Netze, erhöhte Mobilität und Tendenzen zur Vereinzelung sowie Individualisierung machen es notwendig, die soziale Infrastruktur in Steinfurt weiter zu entwickeln, die den älteren Menschen einen angemessenen Lebensstandard bietet.

Diesen Anforderungen wollen wir uns stellen.

Die CDU Steinfurt hat bereits in ihrem Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2004 deutlich gemacht und zugesichert, die demographische Entwicklung aktiv zu begleiten und Steinfurt auf die sich verändernde Gesellschaft zukunftsfähig vorzubereiten. Mit diesem Leitbild wollen wir eine Grundlage und die Bewusstseinsbildung für die anstehenden Herausforderungen schaffen.

Wir danken allen, die bei der Ideenfindung und Erstellung des Leitbildes beigetragen haben. Informationen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, der Kommunalpolitischen Vereinigung und verschiedener Verbände haben neben den zahlreichen, ganz praktischen Hinweisen der Senioren der Stadt mit dazu beigetragen, jetzt zu Beginn des Jahres 2006

das „Leitbild für die zukünftige Seniorenpolitik“ in der Stadt Steinfurt als Diskussionsgrundlage zur Verfügung zu stellen.

Der deutliche Bezug zur Stadt und die Ergänzung auf die Region gibt uns auch die Möglichkeit, vorbildlich tätig zu werden, das erarbeitete Material kontinuierlich und bedarfsgerecht zu ergänzen, fortzuschreiben und die Umsetzung dem Rat der Stadt Steinfurt, der Verwaltung und Interessierten als Selbstverpflichtung zu empfehlen. Durch großes ehrenamtliches und berufliches Engagement der Bürgerinnen und Bürger und unserer Einrichtungen haben wir beste Voraussetzungen, auf denen wir aufbauen können.

Im Januar 2006

Für die Fraktion

Sigrid Spenneberg
CDU Ratsmitglied
im Rat der Stadt Steinfurt

Doris Gremplinski
CDU Kreistagsmitglied
Vorsitzende Frauenunion
Stadtverband Steinfurt

Wilfried Völker
CDU Ratsmitglied
Vorsitzender
CDU Burgsteinfurt

Detlev Viefhues
CDU Ratsmitglied
Vorsitzender
CDU Borghorst

Einleitung

1.

Lange Jahre ließ sich die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland in der Sprache der Demographen treffend mit dem Schlagwort der „Alterspyramide“ beschreiben. Die Bevölkerungsstruktur, d.h. ihr Altersaufbau, war gekennzeichnet von einem verhältnismäßig großen Anteil jüngerer Menschen, der zu den höheren Altersgruppen hin nahezu stetig abnahm.

Faktoren wie eine gesteigerte Lebenserwartung und Geburtenrückgänge führen allerdings zunehmend zu einer charakteristischen Verschiebung der Altersstruktur zugunsten der älteren Menschen. Bereits heute ist hierzulande eine verhältnismäßig schwach vertretene junge Generation auszumachen, während die Gruppe der über Fünfzigjährigen (bereits) mehr als ein Drittel der Gesamtbevölkerung darstellt. Dieser Strukturwandel bewirkt eine Veränderung in der Relation der Altersgruppen untereinander und führt im Ergebnis dazu, dass die „Bevölkerungspyramide“ vom Sockel her schmaler wird. Der Anteil junger Menschen wird geringer, der Anteil älterer Menschen dagegen größer. Demographisch lässt sich dieser Befund durch eine Umkehr der „Alterspyramide“ zum „Alterspilz“ beschreiben. Dieser Trend wird sich auch in Zukunft weiter fortsetzen. Die Bevölkerungsstruktur in Steinfurt wird davon nicht ausgenommen und sich künftig weiter verschieben, zugunsten eines überproportional zunehmenden Anteils der höheren Altersgruppen. Unabhängig von der Entwicklung der Geburtenzahlen ist unzweifelhaft, dass der Anteil der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger steigt.

Durch die demographische Entwicklung entstehen Veränderungen, die wichtige kommunale Handlungsfelder in sozialer und landes- und bundespolitisch auch in finanzpolitischer Hinsicht berühren.

Die Reaktion auf die künftige Bevölkerungsentwicklung stellt sich damit als Querschnittsaufgabe für die Kommunalpolitik dar, die mit unterschiedlichen Akzentsetzungen den Herausforderungen gerecht werden muss. Es ist Aufgabe der Politik, die

Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass selbstverantwortliches und selbständiges Handeln und Leben auch in Zukunft so lange wie möglich sichergestellt sind. Kommunale Seniorenpolitik muss darüber hinaus auch das Ziel haben, das bürgerschaftliche Engagement älterer Menschen zu unterstützen und sie auch dazu ermutigen, sich neue Tätigkeits- und Wissensfelder zu erschließen. Die Stadt Steinfurt kann dabei auf gute Vorbedingungen zurückgreifen.

Zumindest für größere Kommunen empfiehlt die Fachwelt die Aufstellung und Fortschreibung eines Seniorenleitbildes, das auch Grundlage für die fachliche Vorbereitung von Vorlagen und Entscheidungen der kommunalen Gremien sein kann.

„Die Kommunen sollten ihre Aufgabe insoweit vor allem darin sehen, als „Dienst für Dienste“ tätig zu werden und der Altenhilfe vor Ort innovative Anstöße geben“.

Dabei bietet sich für die Kommunen eine enge Zusammenarbeit mit der Freien Wohlfahrtspflege und sonstigen Trägern und Organisationen der Altenhilfe sowie den Pflegekassen an, um auf diesem Wege entsprechende Angebote gezielt auszubauen und weiterzuentwickeln.

Die Stadt Steinfurt kann hierzu ihren Beitrag leisten, indem sie insbesondere durch eine verstärkte Vernetzung von Angeboten der Altenhilfe und eine engere Kooperation und Koordination aller mit den Anliegen und Interessen älterer Menschen befassten Organisationen die bestehenden Infrastrukturen und Dienstleistungen ausbaut.

Die Gesellschaft wird auch in Zukunft nicht auf das Engagement und die Erfahrung der älteren Menschen verzichten können. Daher ist es wichtig, durch geeignete Maßnahmen die Eigenaktivität und die selbständige Lebensführung älterer Menschen zu stärken. Nicht alle Menschen können ohne fremde Hilfe und Pflege leben, nicht alle älteren Menschen sind zwangsläufig auf allumfassende Pflege angewiesen. Die kommunale Ebene ist aufgrund ihrer Kompetenz für die Daseinsvorsorge und ihrer Nähe zu den konkreten seniorenpolitischen Herausforderungen für die Erarbeitung von Lösungen für alle Betroffenen in besonderem Maße qualifiziert und aufgerufen.

Ausgehend von diesen Überlegungen ist festzuhalten, dass die Seniorenpolitik ein Aufgabenfeld für jede Kommune darstellt, auch wenn Möglichkeiten und Voraussetzungen in und zwischen den Kommunen sehr unterschiedlich ausgeprägt sind. Als Aufgabe der Daseinsvorsorge gehört sie jedoch zum „Kern“ kommunaler Kompetenzen; Ziel der kommunalen Seniorenpolitik ist es, das Verbleiben älterer Menschen in ihrer angestammten Umgebung und in der örtlichen Gemeinschaft zu sichern, insbesondere ihre selbständige Lebensführung zu unterstützen. Des weiteren sollte sie zum Inhalt haben, eine umfassende Teilhabe an Gesellschafts-, Wirtschafts-, Kultur- und Freizeitleben zu ermöglichen und den

älteren Menschen selbst sowie ihren Angehörigen bei Hilfebedürftigkeit, Krankheit, Behinderung oder Pflegebedürftigkeit die notwendige Hilfe und Unterstützung anzubieten.

2

Ausgangslage Demographische Entwicklung

2.1. Zunehmende Lebenserwartung und Hochaltrigkeit

Durch eine erhöhte Lebenserwartung aufgrund des gesteigerten gesundheitsbewussten Verhaltens der Bevölkerung sowie einer qualitativ hochstehenden medizinischen Versorgung und Behandlung nimmt die Zahl älterer Frauen und Männer immer weiter zu. Von besonderer Bedeutung ist aber vor allem die merklich zunehmende Zahl der sog. Hochbetagten, d.h. hochaltriger Menschen. Alter ist zwar nicht mit Hilfe- oder Pflegebedürftigkeit gleichzusetzen; die Wahrscheinlichkeit, pflegebedürftig zu werden, wächst jedoch unbestreitbar mit zunehmendem Lebensalter. Vor diesem Hintergrund ist die Pflegebedürftigkeit insbesondere ein Merkmal der Hochaltrigkeit und gewinnt im Hinblick auf die demographische Entwicklung verstärkt an Bedeutung.

Die sogenannte Seniorenphase ist durch die höhere Lebenserwartung längst zu einem eigenständigen - dritten - Lebensabschnitt geworden, mit der Folge, dass sich die Zeitspanne, die überwiegend „dem Alter“ zugewiesen wird, ausgeweitet hat und nunmehr nicht selten bereits 30 und mehr Jahre umfasst. Die ältere Generation setzt sich aus nunmehr drei Generationen zusammen: Jungsenioren (50-64 Jahre), Senioren (65-79 Jahre) und Hochaltrige (80 Jahre und älter). Statt bislang drei leben damit nun bis zu sechs Generationen gleichzeitig. Es gibt daher nicht mehr **den alten Menschen** und auch nicht mehr **das Hilfeangebot**. Den veränderten Umständen muss durch eine entsprechende Zielgruppenorientierung Rechnung getragen werden. Die „klassische“ Altenhilfe kann der Situation aufgrund der geänderten Interessen- und Bedürfnislage - jedenfalls allein - nicht mehr gerecht werden.

Insbesondere soweit der materielle Bereich betroffen ist, verhindern entsprechende Defizite eine aktive Gestaltung des Alters und beschleunigen im Gegenteil den Verlust der Selbständigkeit. Weil die Sicherung eines ausreichenden Lebensstandards Voraussetzung für die Eigenständigkeit älterer Menschen ist, rückt die Altersarmut auch in Steinfurt als wichtiger Aspekt in das Blickfeld kommunaler Seniorenpolitik. Nicht alle Angebote können genutzt werden, über den Austritt aus Vereinen und Verbänden aus Kostengründen wird

verstärkt berichtet. Damit geht auch ein Verlust von Bindungen einher. Zwar sind heute immer mehr ältere Menschen in der Lage, sich mit ihrem Renten- und zusätzlichen Vermögenseinkommen einen guten Lebensstandard zu sichern. Dennoch ist die Altersarmut mit den Ursachen der Lücken in der Versicherungsbiographie sowie auf den Bezug von Niedrigeinkommen im Erverbsverlauf hingewiesen. Beide Gesichtspunkte führen namentlich bei Frauen und Migranten oftmals zu existentieller Not im Alter.

2.2. Vereinsamung und Verweiblichung

Ein weiterer Gesichtspunkt, der in diesem Zusammenhang besondere Beachtung verdient, ist die mit zunehmendem Lebensalter steigende Zahl alleinstehender Frauen. In den oberen Altersgruppen verschiebt sich das demographische Verhältnis von Männern und Frauen unübersehbar zugunsten der Frauen; die Zahl der Verheirateten nimmt zugleich ab. Die damit einhergehenden materiellen und psychosozialen Probleme werden begrifflich mit dem Begriff der Feminisierung (Verweiblichung) beschrieben. Während etwa 80% der Männer verheiratet sind, steigt die Zahl der alleinstehenden, d.h. verwitweten und ledigen Frauen entsprechend dem wachsenden Frauenanteil. Für die zunehmende Singularisierung (Vereinsamung) älterer Menschen beiderlei Geschlechts sind vor allem die Zunahme von Kleinfamilien und der gesellschaftliche Trend zum Alleinleben („Single“), nicht zuletzt aber auch die steigenden Scheidungsquoten von Bedeutung. Dies hat zur Folge, dass das familiäre Hilfesystem die Betroffenen zunehmend nicht mehr auffangen kann.

2.3. Migranten

Die kommunale Seniorenpolitik muss zudem die spezifischen Probleme und Belange ausländischer Senioren hinreichend berücksichtigen. Modellrechnungen des Innenministeriums zeigen, dass die Migranten diejenige Bevölkerungsgruppe in der Bundesrepublik Deutschland sein wird, die das größte Wachstum aufweist, während umgekehrt die Zahl derjenigen Migranten, die bei Erreichung der Altersgrenze in ihre ursprüngliche Heimat zurückkehren, grundsätzlich weiter sinkt.

Gerade bei den ausländischen Senioren - insbesondere der ersten Generation - ist Handlungsbedarf gegeben. Hierfür sind vorrangig die folgenden Umstände ursächlich:

- Unter dem Durchschnitt liegende Rentenansprüche wegen geringerer Versicherungszeiten
- un- bzw. angelernte Tätigkeit während des Erwerbslebens
- Unsicherheiten gegenüber staatlichen Einrichtungen (Behörden, Alten- und Pflegeheime)

- Erhöhte Anfälligkeit für Vereinsamung mangels stadtteilnaher Kommunikations-, Beratungs- und Freizeitmöglichkeiten für Migranten
- Einbuße der geringen deutschen Sprachkenntnisse nach Aufgabe des Arbeitsplatzes
- Verlust der aus der Heimat gewohnten Altersaufgaben als lebenserfahrener Ratgeber mit anerkannter gesellschaftlicher Stellung.

2.4.

Verjüngung des Alters

Schließlich ist für den Strukturwandel bei der Bevölkerungsentwicklung ein Faktor verantwortlich, der durch den Begriff der „Verjüngung“ des Alters veranschaulicht wird. Bislang umfasste die „klassische“ Seniorenpolitik die sozial- und gesundheitspflegerische Versorgung im engeren Sinne. Mittlerweile ist jedoch das durchschnittliche Berufsaustrittsalter zum Teil weit vor das sechzigste Lebensjahr vorverlagert, da die berufliche Tätigkeit früher beendet wird und die Erziehungsphase bei weniger Kindern automatisch früher endet. Diese Verschiebung macht eine fortschreitende Anpassung an Interessen, Anliegen und Bedarfslage der nicht hilfe- und pflegebedürftigen „Jungsenioren“ erforderlich. Das Fazit ist, dass die Entwicklung eines neuen Anforderungsprofils an die kommunale Seniorenpolitik, das den nunmehr verschiedenen Altersgruppen gerecht werden muss.

2.5

Zusammenfassung

Thesen zu Zielen und Möglichkeiten kommunaler Seniorenpolitik

1. Die Bevölkerungsstruktur wird sich künftig auch in Steinfurt weiter verschieben zugunsten eines überproportional zunehmenden Anteils der höheren Altersgruppen. Demographisch ausgedrückt: aus der „Alterspyramide“ wird ein „Alterspitz“.
2. Durch die demographische Entwicklung entstehen Veränderungen, die viele kommunale Handlungsfelder in sozial- und finanzpolitischer Hinsicht berühren sowie eine Neubewertung und Anpassung der „klassischen“ Altenhilfe erfordern.
3. Die Reaktion auf die künftige Bevölkerungsentwicklung stellt sich als Querschnittsaufgabe für die Kommunalpolitik dar, um mit unterschiedlichen Akzentsetzungen den verschiedenen Altersgruppen - statt bislang drei nunmehr bis zu sechs Generationen gleichzeitig - gerecht zu werden.

4. Die zunehmende Bedeutung der Seniorenpolitik ist zum einen auf den jeweils lokal begrenzten Bereich der einzelnen Gemeinde beschränkt, zum anderen erfordert sie zunehmend interkommunales Denken/Reagieren. Der demographische Wandel der Gesellschaft verlangt die Weiterentwicklung organisatorischer Formen, an denen sich alle beteiligen, die in der Seniorenpolitik tätig sind. Durch eine engere Kooperation und Koordination staatlichen, gesellschaftlichen, individuellen und wirtschaftlichen Handelns werden die Voraussetzungen für ein abgestimmtes System geschaffen, wodurch eine effiziente Bündelung der örtlichen und regionalen Angebote für Senioren erreicht wird.
5. Kommunale Seniorenpolitik hat die Aufgabe, menschliche Würde und individuelle Persönlichkeit im Alter zu erhalten. Es ist Aufgabe der Politik, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass selbstverantwortliches und selbständiges Handeln und Leben auch in Zukunft so lange wie möglich sichergestellt sind. Kommunale Seniorenpolitik muss deshalb das Ziel haben, das bürgerschaftliche Engagement älterer Menschen zu unterstützen und sie auch dazu ermutigen, sich neue Tätigkeits- und Wissensfelder zu erschließen.
6. Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnsituation nehmen bei der Sicherung und Verbesserung der selbständigen Lebensführung eine wichtige Rolle ein. Kommunale Wohnungspolitik und Bauleitplanung sind insoweit wichtige Felder, die insbesondere für die Schaffung neuer Wohnformen und die Weiterentwicklung des Wohnraumangebots für ältere Menschen Möglichkeiten bieten.
7. Grundlage einer „aktivierenden“ kommunalen Seniorenpolitik ist die Einbindung älterer Menschen in die örtlichen und regionalen Entwicklungs- und Entscheidungsprozesse. Die Vernetzung von Dienstleistungsangeboten unter Ausschöpfung von Synergieeffekten stellt einen Lösungsansatz dar, mit dem eine Effektivierung der Angebote und Hilfen für ältere Menschen erzielt werden kann. Seniorenpolitik darf dabei nicht an die Stelle älterer Menschen treten; sie muss vielmehr gerade mit ihnen gemacht werden.
8. Senioren sind verstärkt in den Prozess des „lebenslangen Lernens“ einzubeziehen. Das Interesse und die Fähigkeit älterer Menschen, neue Informations- und Kommunikationstechnologien zu benutzen, sind unterschiedlich ausgeprägt. Insofern kommt Initiativen mit der Zielsetzung Zugangsbarrieren abzubauen, eine besondere Bedeutung zu.
9. Einen großen Stellenwert nimmt die Weiterentwicklung der politischen Partizipation älterer Menschen an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen ein. Es müssen Strukturen ausgebaut werden, um Altersfragen integrativ zu behandeln und die Wahrnehmung der Interessen älterer Menschen auf allen Ebenen zu ermöglichen.

10. Die Sicherstellung der Gesundheitsfürsorge für die ältere Generation ist zwangsläufig eine Herausforderung auf allen politischen Ebenen. Die finanzielle Sicherung der Systeme mit einem steigenden Nutzerpotential muss angenommen werden durch eine differenzierte Weiterentwicklung der Altenhilfestrukturen im ambulanten und stationären Bereich.

3

Ziele und Handlungsempfehlungen einer zukunftsfähigen Seniorenpolitik in Steinfurt

Durch das Anwachsen der älteren Bevölkerungsgruppen ändern sich die Rahmenbedingungen kommunaler Seniorenpolitik. Die Bedürfnisse und Wünsche der älteren Menschen bilden insoweit den Maßstab für die Altenhilfe. Vor dem Hintergrund der unterschiedlichen praktischen Bedürfnisse und persönlichen Erwartungen, die sich aufgrund eines mehrphasigen Alterungsprozesses ergeben, wird die kommunale Seniorenpolitik vor neue Herausforderungen gestellt.

Seniorenpolitik ist nicht ausschließlich Sozialpolitik. Eine moderne Seniorenpolitik ist grundsätzlich als Querschnittsaufgabe für die Kommunalpolitik zu verstehen. Sie weist über die Sozial- und Gesundheitspolitik hinaus in vielerlei Hinsicht Bezüge zur Arbeitsmarkt-, Ausländer-, Bildungs-, Kultur-, Sport- oder Wohnungspolitik auf.

Wesentliche Voraussetzung für Selbständigkeit im Alter ist eine gezielte Stärkung der sozialen Bezüge älterer Menschen, ihrer sozialen Integration und Beteiligung an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen. Dies macht es nötig, die soziale Infrastruktur in Form eines „sozialen Netzes“ auszubauen. Der Ausstieg aus dem Erwerbsleben, körperliche oder gesundheitliche Einschränkungen sowie der Verlust familiärer Bindungen führt immer noch bei vielen älteren Menschen zu einem „schleichenden“ Ausschluss vom gesellschaftlichen und sozialen Leben; Isolation und Vereinsamung, letztlich auch zunehmende Hilfebedürftigkeit sind dann die Folge. Eine Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden (Nahverkehr) oder gegebenenfalls auch Verbundlösungen mit dem Kreis sind sinnvoll und deshalb empfehlenswert.

3.1. Erhalt der menschlichen Würde und individuellen Persönlichkeit

- **Kommunale Seniorenpolitik hat die Aufgabe, menschliche Würde und individuelle Persönlichkeit im Alter zu erhalten. Soweit der Bereich materieller Sicherung**

betroffen ist, greift das Instrumentarium aus Rentenversicherung, Sozialhilfe und Pflegeversicherung.

Um menschliche Würde und individuelle Persönlichkeit im Alter zu erhalten, ist sowohl ein ausreichender Lebensstandard zu sichern als auch eine angemessene gesundheitliche Versorgung und Betreuung vorzuhalten. Durch die Sicherung eines ausreichenden Lebensstandards erhalten ältere Menschen die Möglichkeit, ihre Wünsche und Bedürfnisse zu erfüllen, sich persönlich zu entfalten sowie ihre Eigenständigkeit zu bewahren. Daneben muss aber auch eine ausreichende gesundheitliche und pflegerische Infrastruktur bestehen, die die Versorgung und Betreuung älterer Menschen gewährleistet. Hierbei sollte das Augenmerk intensiv weiter auf die Angehörigen gerichtet werden, die bei Betreuung und Pflege hilfebedürftiger älterer Familienangehöriger unterstützt werden müssen. In diesem Kontext bietet sich zu allererst ein Ausbau der Beratungskapazitäten für Familien an.

Handlungsempfehlungen Bund, Land, Kreis

Sicherstellung der Sozialsysteme (Rente, Krankheit, Pflege)

Fortschreibung der Landespflegeplanung

Fortschreibung der Altenhilfeplanung im Kreis

Ausbau der Tages- und Kurzzeitpflege

Handlungsempfehlungen für Steinfurt

- **Fortschreibung einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit und Beratung der Senioren** zu allen Fragen der Pflegesituation und der in Steinfurt vorgehaltenen Pflegeeinrichtungen in der ambulanten und stationären Pflege
- z.B. **gemeinsame Broschüre der Anbieter Pflegedienste**, „Wer macht Was“ in der Stadt

„Wenn man sich vor der Hilfebedürftigkeit darüber informieren könnte, wo man im Notfall Unterstützung bekommt, wäre das schön“

„Warum werden ergänzende Dienste (Einkaufen, hauswirtschaftliche Tätigkeiten) nicht von allen gemeinsam angeboten?“

- **Information / Beratung Sicherung der materiellen Grundbedürfnisse, Beratungsstunden der Stadt für ältere Menschen**

„Ich traue mich da nicht, ich mag nicht zugeben, dass ich mit der Rente meine Versorgung nicht sicherstellen kann“

- **Fortführung der Beratung, Hilfestellung und Qualifizierung der pflegenden Angehörigen,**
- **Informationen zu ergänzenden Diensten, nicht nur für Pflegebedürftige (siehe auch Selbständige Lebensführung)**

„Essen auf Rädern brauche ich eigentlich nicht. Würde lieber selber kochen. Mir wäre schon durch einen Einkaufsdienst geholfen.“

3.2.

Selbständige Lebensführung

• **Es ist Aufgabe der Politik, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass selbstverantwortliches und selbständiges Handeln und Leben auch in Zukunft so lange wie möglich sichergestellt sind.**

Teilnahme am sozialen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben

Im Vordergrund kommunaler Seniorenpolitik muss die Erhaltung bzw. Wiedergewinnung einer möglichst selbständigen Lebensführung älterer Menschen stehen: Senioren sollten ihr Leben möglichst lange selbstbestimmt und eigenverantwortlich in gewohnter Umgebung verbringen können. Neben einer ausreichenden Sicherung und Pflege ist deshalb vor allem die Einbeziehung älterer Menschen erforderlich („Sicherung und Teilnahme“). Durch eine geeignete Infrastruktur kann die Selbständigkeit älterer Menschen gestärkt werden, ohne sie zum Objekt der Fürsorge zu machen. Aus diesem Grunde sollte Fürsorge - soweit möglich - durch eine Stärkung der Selbsthilfe und Anregung zur Mobilität erfolgen, da viele ältere Menschen durchaus noch in der Lage sind, für sich selbst zu sorgen.

Weiteres Ziel kommunaler Seniorenpolitik ist es, älteren Menschen die Teilnahme am gesellschaftlichen und kulturellen Leben zu ermöglichen. Im Rahmen der öffentlichen Infrastrukturverantwortung müssen notwendige Strukturen und Vernetzungen bei den kommunalen Einrichtungen und Dienstleistungen ausgebaut werden, damit sich ältere Menschen in ihrer Kommune wohlfühlen und zurechtfinden können. Die Gestaltung der näheren Umgebung, die Verkehrsanbindung und Erreichbarkeit von Einrichtungen für die tägliche Versorgung sind für die Senioren der Stadt Steinfurt von immenser Bedeutung, da nur hierdurch die Möglichkeit für sie eröffnet wird, aktiv zu bleiben und am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Der insoweit erforderliche Umdenkungsprozess im Grundsätzlichen kann durch zahlreiche einzelne Maßnahmen und Ideen eingeleitet und flankiert werden.

Handlungsempfehlung für Steinfurt sowie übergeordneter Behörden

- Weiterentwicklung der Nutzungsmöglichkeiten von öffentlichen Verkehrsmitteln, indem älteren Menschen die Nutzung und Handhabung erleichtert wird. (Niederflurbussen) Haltestellen da, wo sie wirklich gebraucht werden, Ausstattung mit Unterstellmöglichkeit, Sitzgelegenheit. Anpassung der Fahrpläne. Anpassung der Verkehrsverbindungen, Haltestellen.

„Man kann ja nicht mal das Krankenhaus direkt anfahren“

- **Sitzmöglichkeiten in den Innenstädten** und zusätzlich auch bei öffentlichen Veranstaltungen, „Ausruhmöglichkeit“ anbieten,
 - An den fußläufigen „Zubringerwegen“ aus den Siedlungsbereichen in die Innenstädte sind weitere **Sitzmöglichkeiten** aufzustellen, Wege für Ältere zu lang (siehe Umsetzung CDU Antrag Burgsteinfurt, Bänke an den Hauptwegen)
 - **Nahversorgung** mit Lebensmitteln sicherstellen
 - Bonusfahrten (Taxiunternehmen ?) für ältere Menschen (zum Beispiel an Wochenmarkttagen zum Einkauf in die Innenstadt), alternativ Angebot durch Selbstinitiativgruppe
 - Bürgerbus/ Bürgerauto z.B: Besuchsfahrten zum Krankenhaus (verschiedene Zeiten hin, eine Rückfahrt)
 - **Angebot von Dienstleistung / Vermittlung / Beratung**
- Eine vertrauensvolle Stelle schaffen, die kleinere Dienstleistungen vermittelt, Hilfsdienste beim Einkaufen, Straßekehren, Gartenarbeit oder leichtere Hausarbeiten.

- **Ausbau der ambulanten Versorgung durch ergänzende Dienstleistungen**

„Man kann ja nicht jedem trauen, man müsste schon eine Empfehlung bekommen, über die Zeitung ist das sehr schwer.“

„Wenn mal jemand für mich einkaufen könnte, wäre ich schon sehr erleichtert“

- **Mehr Öffentlichkeitsarbeit zu Beratungsmöglichkeiten für ältere Menschen durch die vorhandenen Dienste**
- **Senioren ausstellungsmesse** „Wir stellen uns vor“, Anbieter stellen gemeinsam ihre Angebote vor
- **Seniorenbegleitung**, (mit der Ausbildung einiger Steinfurterinnen und Steinfurter zu Seniorenbegleitern ist begonnen worden). Ein sehr sinnvolles Angebot, das ausgebaut und verstärkt bekämpft gemacht werden sollte. Mehr Öffentlichkeitsarbeit erforderlich, notwendig die weitere Gewinnung von Ehrenamtlichen für diesen Bereich um der Nachfrage gerecht zu werden

„Mal mit jemanden sprechen können, mal zusammen einiges in der Stadt erledigen können, das wäre schön“

- **Bestandsanalyse: Was gibt es in Steinfurt?** Infoblatt „Wir sind wer“ Zusammenfassung der ambulanten und stationären Einrichtungen und Angebote, Seniorenvereinigungen, Seniorenarbeit in den Vereinen.

„Man weiß ja gar nicht, was es so alles gibt“

- **Jung und Alt – Zusammenführung der Generationen** Kindergärten und Schulen sollten verstärkt mit Senioren zusammenarbeiten. Erfahrungen der älteren Generation gezielt weitergeben – die einen werden gebraucht – die anderen lernen von der Erfahrung

„Nicht alle haben heute noch das Glück, Großeltern am Ort zu haben. Vielleicht entwickeln sich aus solchen Kontakten engere Beziehungen zwischen alleinlebenden Senioren und jungen Familien – Konzept „Leihoma“

- **Mobilität im Alter erhalten durch barrierefreie Zugänge in den Geschäften.**
- Bei allen Umbauten hindernisfreien Zugang mit berücksichtigen
- **Ausstattung der Innenstadt/ Geschäfte, Cafés, öffentliche Einrichtungen barrierefrei**

Vorbildhaft der Führer über barrierefreie Einrichtungen

„Es kann doch nicht wahr sein, dass ein barrierefreier Zugang zum Geschäft aus Denkmalschutzgründen nicht eingerichtet werden kann und ich deshalb nicht im Laden einkaufen kann“.

- **Öffentliche Toiletten** sauber und zentral anbieten
 - Die Nutzungsmöglichkeit der **Toiletten** an den **Friedhöfen** sicherstellen
 - Mehr **Bänke** auf den Friedhöfen
 - Bei öffentlichen Veranstaltungen, z.B. in großen Räumen die möglichen Hörprobleme älterer Menschen berücksichtigen
 - Eine „**Willkommenskultur**“ für ältere Menschen bei Veranstaltungen entwickeln
- „Man fühlt sich manchmal so unerwünscht, wenn ältere gar nicht angesprochen werden“.*
- **Anpassung des Warenangebotes** an alle Altersklassen, Senioren sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor

„Das Angebot für Senioren ist bei weitem nicht ausreichend. Wenn ich es schon mal schaffe die schwere Ladentür aufzubekommen, finde ich kaum ein seniorengerechtes Angebot“.

- **Geländer an Gebäuden und Treppenaufstiegen** sind nicht immer selbstverständlich oder zu hoch und unpassend angebracht. (Parkplatz Kalkwall müsste erneuert werden. Auch nur eine Stufe kann dort sehr glatt sein)
- **Straßenbelag** - auch Innenstadt - so gestalten, das Rutsch- und Stolpergefahren gebannt sind, Gehwegabsenkungen weiter fortsetzen

3.3. Gesundheit

Zunehmend ist die persönliche gesundheitliche Vorsorge gefordert. Bei zurückgehenden Leistungen der Gesundheitssysteme ist die Eigenverantwortlichkeit für das persönliche Empfinden um zu höher zu bewerten. Dementsprechend ist das Angebot auszubauen und die Entwicklung der Teilhabe aller Menschen mit zunehmendem Alter zu ermöglichen. Die vorhandenen Pflegesysteme werden nicht nur in verstärktem Maße von den Betroffenen nachgefragt werden, sondern bieten sich zudem als Dienstleistung in verstärktem Maße auch im Bereich der Arbeitsplatz an

Handlungsempfehlung Land

- Sicherstellung der Pflegerischen Strukturen stationär und ambulant
- Ausweitung der Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen ambulanten und stationären Einrichtungen, Übergangslösungen zwischen Krankenhaus, Pflege stationär und ambulant weiterentwickeln, Kurzzeitpflege ausbauen, Hospizarbeit

Handlungsempfehlungen Stadt

- langfristige **Sicherstellung der ärztlichen Haus- und Facharztversorgung** in der Stadt
- Sicherstellung der **stationären Behandlung im Marienhospital**
- Sicherstellung der **Apöthekenversorgung auch am Wochenende** in beiden Ortsteilen
- **Informationsveranstaltungen** zum Thema Gesundheit für Ältere gezielt anbieten
- Schwimmen z.B. in der Elisabethschule für ältere Burgsteinfurter einmal die Woche (Winter anbieten) Gesundheitstraining

3.4. Sport

Im Rahmen der Gesundheitsvorsorge und der Weiterführung der Einbindung in die Vereinsarbeit kommt dem Sport eine besondere Bedeutung zu. Der gesellschaftliche und soziale Wert der Vereinsarbeit stellt sich dabei nicht nur in der Betreuung der

jungen Aktiven, sondern zunehmend auch in der Übergangsphase vom aktiven zum passiven Mitglied dar. Diese Übergangsphase kann und muss durch altersangepasste Sportangebote zukünftig noch besser ausgestaltet werden.

Handlungsempfehlungen

- Informationspolitik der Vereine an ihre Mitglieder Sport für Ältere, **Abbau von Hemmschwellen**, im Alter noch mit dem Sport zu beginnen.
- Fortführung auch von **vereinsungebundenen Gesundheitstraining/ Krankenkasse** (Präventionsgesetz Bund) auch hier Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit und „**Mutmachen zur Teilnahme**“, kleine Gruppen, klare Altersangebote, Zusammenarbeit mit Ärzten

„Ich traue mich so nicht hin. Da sind immer so viele Jüngere die das besser können“.

- **Angebot Seniorenschwimmen, Wassergymnastik** auch im Kursverfahren mit intensiver Betreuung

3.5 Weiterbeschäftigung und Weiterbildung

Kommunale Seniorenpolitik muss das Ziel haben, das bürgerschaftliche Engagement älterer Menschen zu unterstützen und sie auch dazu ermutigen, sich neue Tätigkeits- und Wissensfelder zu erschließen.

Mit der Schaffung neuer Aufgaben und sinnvoller Betätigungsfelder für die „aktiven“ Senioren ist ein zweifach positiver Effekt verbunden: Zunächst hilft die Erschließung neuer Tätigkeitsfelder den Tätigen selbst bei einer neuen Lebensgestaltung und führt damit zu einer neuen Sinnggebung der Altersrolle. Darüber hinaus wird durch die Tätigkeit dieser Senioren aber auch den Altersgenossen bzw. Älteren geholfen. Neben der Förderung von Selbsthilfe und Selbstorganisationen und allgemein der Weiterbildung ist in diesem Zusammenhang vor allem auch die Einführung neuer Kommunikationsmöglichkeiten von großer Bedeutung, um sinnvolle Tätigkeitsfelder im Rahmen nachberuflicher Beschäftigung zu erschließen und zu unterstützen. Gerade im Hinblick auf die demographische Entwicklung kann die solidarische Gesellschaft auf dieses Potential nicht verzichten.

Weiterbeschäftigung

Nachberufliche Tätigkeiten haben gerade für die Lebensqualität der „jungen Alten“ einen hohen Stellenwert. Durch einzelne Abteilungen des Netzwerks kann dieser Zielgruppe die Möglichkeit gegeben werden, ihre Leistungskraft und Leistungsbereitschaft zugunsten der Älteren einzusetzen.

Praxisbewährte Tätigkeitsfelder sind dabei:

- **Handwerkerdienst** (Kleinreparaturen für ältere und bedürftige Menschen im Stadtteil, z.T. auch für soziale und caritative Einrichtungen)
- Telefon- und Beratungsgruppe (Anlaufstelle für alle Fragen des Alterwerdens; Hilfsdienst, wie z.B. Begleitung bei Arzt- und Behördengängen)
- Kultur und Kommunikation (Literatur-/Geschichtskreis, Besuch von Veranstaltungen, Museen, Ausstellungen etc.)
- Interessenbörse (Treffpunkt für Menschen mit gleichen Beschäftigungen und Interessen)
- Gesundheit und Sport (Wanderungen, Kurse in Gymnastik, Rückenschule etc.).

In diesen Bereichen kommt es maßgeblich darauf an, dass die Gesellschaft solche Leistungen anerkennt bzw. anerkennen will. Das herkömmliche Vorurteil, die benannten Tätigkeitsfelder könnten eine Verdrängung auf dem Arbeitsmarkt zur Folge haben, hat sich dabei in der Praxis als bloßes Scheinproblem erwiesen: Vielmehr lässt sich im Gegenteil feststellen, dass auf der Grundlage des hier beschriebenen Hilfeangebotes bei älteren Menschen eine Vertrauensbasis geschaffen wird, die sie gegebenenfalls dann auch größere Reparaturen - bei einem professionellen Handwerker - in Auftrag geben lässt.

Weiterbildung

- **Senioren sind verstärkt in den Prozess des „lebenslangen Lernens“ einzubeziehen. Das Interesse und die Fähigkeit älterer Menschen, neue Informations- und Kommunikationstechnologien zu benutzen, sind unterschiedlich ausgeprägt. Insofern kommt Initiativen mit der Zielsetzung Zugangsbarrieren abzubauen, eine besondere Bedeutung zu.**

Die Bedeutung innovativer Vernetzungsmodelle zeigt sich nicht nur auf dem Feld der Weiterbeschäftigung, sondern daneben auch im Bereich der Weiterbildung. Ältere Menschen sind in hohem Maße an Bildungs- und Weiterbildungsangeboten interessiert, was nicht zuletzt durch die Erschließung neuer Wissensfelder von Volkshochschulkursen bis hin zum Seniorenstudium dokumentiert wird. Der Programmsatz vom „lebenslangen Lernen“ wird auch in dieser Lebensphase Realität. Im Hinblick darauf, dass infolge der unterschiedlichen

Alterstruktur der Seniorengruppen als Adressaten des Bildungs- und Weiterbildungsangebots in diesem Sinne „drei Generationen“ anzusehen sind, muss für jede Generation ein separates Bildungs- und Weiterbildungsfeld ausgebaut und an den jeweiligen Bedürfnissen ausgerichtet werden.

Es sollte insbesondere zur politischen Herausforderung werden, ältere Menschen an der Informationsgesellschaft zu beteiligen, da ihnen nur auf diesem Wege die Möglichkeit eröffnet wird, den Kontakt zur Umgebung - vor allem der jüngeren Generation - nicht zu verlieren. Die Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien durch ältere Menschen ist nicht nur in der öffentlichen Wahrnehmung, sondern auch für die meisten älteren Menschen selbst noch alles andere als selbstverständlich: „Medienkompetenz“ haben heute durchweg nur die jungen Menschen bzw. Menschen im mittleren Alter. Ältere Menschen sind auf die Anforderungen der Informationsgesellschaft nicht vorbereitet, so dass die Gefahr groß ist, auf dem Weg in die Informationsgesellschaft abgehängt zu werden.

- ohne Zugang zu den neuen Informations- und Kommunikationstechniken werden ältere Menschen von neuen gesellschaftlichen Kommunikationswegen abgeschnitten
- mangelnde „Medienkompetenz“ verschließt erst recht die Chance einer raum- und zeitgebundenen Kommunikation, die für ältere Menschen von besonderem Wert ist
- fehlende Vertrautheit mit den neuen Techniken erschwert die Akzeptanz von Multimedia-Anwendungen in der Betreuung und medizinischen Versorgung älterer Menschen.

Gerade für ältere Menschen bietet das Internet enorme Chancen zur besseren gesellschaftlichen Partizipation. Nach der jüngsten Infas-Studie beträgt die Beteiligung von Senioren an der Internet-Nutzung 10% in der Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen; bei den 65- bis 69-Jährigen nutzen 7% und bei den 70- bis 75-Jährigen 4% das Internet. Schon diese Zahlen machen deutlich, dass das Potential möglicher Internet-Nutzer unter den Senioren noch bei weitem nicht erschlossen ist.

- Es gilt dabei insbesondere, die Hemmnisse auszuräumen, die einer weiteren Verbreitung des neuen Mediums bei älteren Menschen entgegenstehen. Denn wie die Altersforschung bestätigt, sind ältere Menschen gegenüber neuen Sachverhalten grundsätzlich zurückhaltender und vorsichtiger. Folgende Probleme und Hemmnisse lassen sich im Umgang älterer Menschen mit modernen Informations- und Kommunikationstechnologien feststellen:

- die Technologien sind in der Bedienung für Ältere zu kompliziert
- die Kosten für Computer und Internet-Zugang sind zu hoch
- das Auffinden wichtiger Informationen und Angebote bereitet Probleme
- es fehlen altengerechte Informationen über Angebote im Internet

- die Angebote der Software-Hersteller und Internet-Provider orientieren sich zu einseitig an jungen Zielgruppen.

Die Beseitigung dieser Hemmnisse sollte umso größeren Anreiz bieten, als die Technologien für ältere Menschen ein Medium der gesellschaftlichen Teilhabe sein können. Durch entsprechende Weiterentwicklung des Internets kann etwa die Möglichkeit der Alltagsbewältigung verbessert (Einkaufen über Internet, Information über bzw. Abrufen von Dienstleistungsangeboten, Kontakte mit Freunden und Verwandten etc.) oder es können Informationen über Weiterbildungs- und Aktivitätsangebote abgerufen, nicht zuletzt auch die Bewältigung gesundheitlicher Beeinträchtigungen durch Informationsaustausch mit Selbsthilfegruppen verbessert werden.

Bestehende Zugangsbarrieren für ältere Menschen müssen daher abgebaut und im Gegenzug passende multimediale Anwendungen entwickelt werden, die für den Erhalt der selbständigen Lebensführung und die gesellschaftliche Integration nutzbar gemacht werden können.

Handlungsempfehlungen für Steinfurt

- **barrierefreie Einrichtung der Internetseite der Stadt (Schriftgröße etc.)**
- **Veranstaltungen der Weiterbildungseinrichtungen** weiter anbieten, Vormittagskurse, kleine Gruppen, Angebote für Senioren (Statt Ausweisung als Seniorenkurs lieber Bezeichnungen wie „Gruppen 50 +“ gewünscht)
- Musikschule sollte **Angebot speziell für Senioren** machen.

„Gerne würde ich im Kreis von Gleichaltrigen mal wieder mein Instrument zum gemeinsamen Musizieren nutzen“.

„Könnten nicht auch musikbegeisterte Ältere den Jüngeren mal ein paar Stunden Unterricht in zeitlich begrenzten Aktionen geben?“

- **Ausbau von Kursen „Jung hilft Alt“**, zum Beispiel in der Schulung mit dem Umgang von neuen Medien. Persönlicher Berater/ Beraterin, junger Mensch berät vielleicht gegen Entgelt mal zu Hause. „Hilfe mein Handy klingelt“, sind sehr gute Ansätze

„Im Kurs ist man oft überfordert. Wäre schön, wenn man zu Hause konkrete Hilfe bekommen könnte.“

3.6 Seniorennetzwerke

- Grundlage einer „aktivierenden“ kommunalen Seniorenpolitik ist die Einbindung älterer Menschen in die örtlichen und regionalen Entwicklungs- und Entscheidungsprozesse. Die Vernetzung von Dienstleistungsangeboten unter Ausschöpfung von Synergieeffekten stellt einen Lösungsansatz dar, mit dem eine

Effektivierung der Angebote und Hilfen für ältere Menschen erzielt werden kann. Hierbei können Seniorenbüros, Seniorenagenturen oder andere Initiativen, die innovative Ansätze im Zusammenwirken mit Kommunen und professionellen sozialen Diensten entwickeln, eine maßgebliche Funktion erfüllen. Seniorenpolitik darf dabei nicht an die Stelle älterer Menschen treten; sie muss vielmehr gerade mit ihnen gemacht werden.

Die Förderung und der Ausbau sozialer Netzwerke und damit auch die Förderung bürgerschaftlichen Engagements werden vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Wandels zunehmend wichtiger. Dabei kommt es im Wesentlichen darauf an, die soziale Integration älterer Menschen auf lokaler Ebene zu erhalten. Die Lebensqualität der älteren und alten Menschen wird in Zukunft davon abhängen, dass eine intensive „Vernetzung“ garantiert wird. In diesem Bereich gilt es, auch die „jungen Alten“ zu mobilisieren und für Aufgaben der Seniorenarbeit zu gewinnen. Dabei darf das Engagement der Älteren allerdings nicht überstrapaziert werden: Ehrenamt darf nicht zur Ausnutzung führen. Dies macht es erforderlich, bürgerschaftliches Engagement professionell zu begleiten.

Ferner muss durch generationsverbindende Maßnahmen zur Stärkung der Lebensführung älterer Menschen beigetragen werden. Heutzutage entfernen sich die Generationen zunehmend voneinander, so dass es für viele Menschen längst nicht mehr selbstverständlich ist, innerhalb eines familiären Beziehungsgeflechts alt zu werden. Infolgedessen ist es besonders bedeutsam, dass das Leben der örtlichen Gemeinschaft sämtliche Generationen umfasst: Der Kontakt zwischen jüngeren und älteren Bürgern darf nicht abreißen. Soziale Netzwerke sollen unter diesem Gesichtspunkt der Hilfe zur Erhaltung der Selbständigkeit und zur Aufrechterhaltung persönlicher Freiheit dienen. Angefangen bei kleinen informellen sozialen Netzen wie Nachbarschaft, Freundes- und Bekanntenkreis sowie organisierter ehrenamtlicher Hilfe kann die „Netzwerkarbeit“ eine sinnvolle Ergänzung der professionellen Arbeit darstellen. Die Umsetzung erfolgt durch Netzwerkbüros, deren Tätigkeitsbereich an Gemeinwesenarbeit, Selbsthilfe und Ehrenamt sowie der Netzwerkentwicklung ausgerichtet ist. Damit ist im Ergebnis das Ziel verbunden, kleinere, d.h. sich selbst tragende soziale Netze zu schaffen, die Begegnung, Kommunikation und Freizeitgestaltung fördern und die soziale Einbindung innerhalb der Stadtteile garantieren.

Als Zielsetzungen der Netzwerkarbeit lassen sich folgende Punkte hervorheben:

- Erhöhung der Lebensqualität älterer und alter Menschen in ihrem sozialen Umfeld
- Schaffung eines Ausgangspunkts und von Anregungen für die selbstbestimmte Gestaltung freier Zeit
- Zusammenführung gleicher Interessen

Anregung zur ehrenamtlichen Arbeit der sich in der nachberuflichen und nachfamiliären Phase(n) befindlichen Senioren, um deren Erfahrungen/Kompetenzen für andere einzusetzen

Ermöglichung von Hilfe zur Selbsthilfe

Neuknüpfung bzw. Stärkung der Versorgungs- und Beziehungsnetze in Nachbarschaft und Stadtteilen

Verbindung von Generationen

Förderung der Zusammenarbeit der Einrichtungen, Vereine und Interessengruppen im Stadtteil zum Wohle älterer Menschen

Angebot einer Anlaufstelle und „Drehscheibe“ für Informationen, Kontakte und Beratung zu allen Fragen des Älterwerdens.

Im Rahmen sozialer Netzwerke ist die Entwicklung, Förderung und Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements in Form von **Nachbarschaftshilfe** vor allem zwischen Jung und Alt eine elementare soziale, (kommunal-) politische Aufgabe mit dem Inhalt, Rückzugstendenzen älterer Menschen rechtzeitig zu erkennen und zu stoppen. Nachbarschaftshilfe initiiert und eröffnet eine Vielzahl von Möglichkeiten für soziales, kulturelles und politisches Handeln in Stadtteilen und Wohngebieten. Sie kann in den unterschiedlichsten Lebensbereichen geleistet werden, und dadurch einerseits den Lebensstandard älterer Menschen verbessern und ihnen andererseits zugleich die nötige Hilfe geben, sich selbst helfen und hierdurch ihre Selbständigkeit bewahren zu können.

Vor allem im Bereich des Wohnens ist Nachbarschaftshilfe von herausragender Bedeutung, da die überwiegende Anzahl der heute über Sechzigjährigen in einer konventionellen Wohnung wohnt und sich selbst versorgt. Zwar besitzt der Wunsch nach einem privaten Wohnbereich bei den meisten älteren Menschen höchste Priorität, die Wohnungen sind jedoch in aller Regel nicht altengerecht ausgestattet. Zudem mangelt es in den Nachbarschaften an Angeboten, die eine ausreichende Sicherheit für den Fall der Hilfsbedürftigkeit bieten. Dieser Situation kann wirksam durch Hilfeleistungen in Form von Nachbarschaftshilfe begegnet werden. Die oft über längere Jahre aufgebauten und gepflegten Nachbarschaftskontakte erweisen sich für ältere Menschen als Rückhalt und bringen Erleichterung vor allem bei den vielen „kleinen Hilfen“, die immer wieder benötigt werden (der Einkauf). Darüber hinaus kann durch neue gemeinschaftliche Wohnformen (Wohngemeinschaften für Ältere) mit individuellem Zugang zu einer Betreuungs- und Pflegekapazität erreicht werden, dass Selbstbestimmung und Unabhängigkeit auch im Alter erhalten bleiben. Netzwerke unterstützen insoweit das Bedürfnis älterer Menschen nach räumlicher Mobilität und ermöglichen den freien Zugang zum näheren und weiteren Umfeld der Wohnung durch verfügbare Abhol- und Begleitdienste.

Der Aufbau informeller sozialer Netzwerke kann auf kommunalpolitischer Ebene durch verschiedene Modelle zielgerichtet gefördert und vorbereitet werden. Insbesondere über Seniorenbüros können soziale Initiativen und Unterstützungsnetze geschaffen werden, ohne die das System der sozialen Sicherung langfristig nicht mehr funktionieren kann. Dabei können bewährte Ansätze aus der offenen Altenhilfe in die Arbeit der Seniorenbüros integriert werden. **Seniorenbüros** weisen als innovative Vernetzungsmodelle einen neuen Weg in der offenen Altenarbeit. Offene Altenhilfe umfasst ambulante Dienste, Jahreszeitendienste, Haus- und Familienpflege, Altenberatung, Altenselbsthilfe und vieles mehr. Vor allem der Gruppe der „jungen Alten“ ist mit derjenigen Form von Betreuung, die Gegenstand der „klassischen“ offenen Altenarbeit ist, wenig geholfen. Diese Gruppe sucht vielmehr nach Betätigungsfeldern, die soziale Kontakte herstellen und vor allem die Möglichkeit bieten, eigene Kenntnisse und Fähigkeiten einzusetzen.

In Anbetracht des eingangs dargestellten demographischen Trends der „Verjüngung des Alters“ ist mit Seniorenbüros das Ziel verbunden, im Gegensatz zur klassischen Altenhilfe das bürgerschaftliche Engagement aller im lokalen Umfeld tätigen Einrichtungen und Träger der Arbeit von und mit älteren Menschen zu fördern und in ein Netzwerk einzubeziehen. Im Vergleich zu der heute vorherrschenden Form, die lediglich einen sehr geringen Teil der Seniorenbevölkerung - zumeist nur die Hochbetagten - erreicht, leisten Seniorenbüros damit einen wichtigen Beitrag zur sozialen Integration und Teilhabe älterer Menschen, zumal sie sowohl individuelle als auch gemeinschaftliche Bedürfnisse befriedigen und produktive Aktivitäten initiieren. Seniorenbüros verstehen sich als Dienstleister: **Im Mittelpunkt steht das Angebot eines stadtweiten Informations- und Vermittlungsverbundes für alle Träger und Initiativen der Altenarbeit.** Die Charakterisierung als Dienstleister besagt auf der einen Seite, dass sich die Seniorenagentur strikt an den Bedürfnissen der Senioren orientiert; es werden in erster Linie Menschen angesprochen, die aktiv etwas gestalten wollen, also nicht selbst hilfebedürftig sind. Auf der anderen Seite erbringen die „aktiven“ Senioren selbst auch Dienstleistungen für hilfebedürftige Menschen, etwa im Rahmen von Besuchs- oder Einkaufsdiensten. Darüber hinaus können (Vor-) Ruheständler anderen Senioren mit Information und Beratung zur Seite stehen und damit als Kontakt- und Ideenbörse fungieren, für sozialproduktive Tätigkeiten aktiviert sowie zur Unterstützung einer Vielzahl von bestehenden Gruppen und Vereinen eingesetzt werden. Vor diesem Hintergrund sollte die Arbeit von Seniorenbüros generationsübergreifend angelegt und interkulturell ausgerichtet sein.

Kernpunkt der mit Büros verbundenen Zielsetzung ist die Entwicklung ideenreicher Projekte bürgerschaftlichen Engagements, d.h. die zielgerichtete Erschließung vorhandener Betätigungsmöglichkeiten und eine effektive Verknüpfung von einführender Beratung mit moderner Informationstechnologie. Sinn und Zweck dieser zukunftsorientierten

Vernetzungsmodelle ist die stärkere Institutionalisierung der Freiwilligenarbeit, die „angestaute“ Ressourcen und Potentiale älterer Menschen weiterentwickelt und für die Gemeinschaft nutzbar macht. Seniorenbüros stellen dabei nur einen Ausschnitt des möglichen Handlungsspektrums dar: So gibt es in Nordrhein-Westfalen beispielsweise die Bundesarbeitsgemeinschaft Wissensbörse, Seniorengenossenschaften, Freiwilligen-Zentralen, die Organisation Zwischen Arbeit und Ruhe und insbesondere auch das Modell der Seniorenagentur. Diesen Gruppierungen liegt der gemeinsame Gedanke zugrunde, das Interesse an sozialem Engagement derjenigen älteren Menschen aufzugreifen, bei denen Erwerbsarbeit und Familie nicht mehr im Mittelpunkt des Lebens stehen. Die Option, sich im sozialen Bereich zu engagieren und für andere Verantwortung zu übernehmen, eröffnet auch für die „aktiven“ Senioren neue Perspektiven. Denn wer im Übergang von Beruf und Familienphase zum Ruhestand aktiv lebt und sich in soziale Gemeinschaften einbindet, wird auch als hochbetagter Mensch eher in der Lage sein, selbständig leben zu können.

Dies setzt allerdings voraus, dass den Senioren entsprechende Informationen zugänglich gemacht und Beratungsmöglichkeiten angeboten werden. Viele ältere Menschen verwirklichen durchaus vorhandene Potentiale nicht, weil ihnen die vielfältigen Möglichkeiten der Mitarbeit bei Einrichtungen im Sozial-, Gesundheits- und Kulturbereich schlichtweg nicht bekannt sind. Seniorenbüros, verstanden als Serviceeinrichtung bzw. Koordinationsstelle, können dazu beitragen, solche Potentiale zu wecken und engagierte ältere Menschen an freiwillige Tätigkeiten heranzuführen, die darin wiederum ihre Lebenserfahrungen und Kenntnisse für andere gewinnbringend einzusetzen vermögen. Nur beispielhaft erwähnt werden sollen an dieser Stelle die Tätigkeitsfelder im Bereich der Alten- und Ausländerarbeit, der Sozialarbeit oder etwa auch die Übernahme eines Schiedsamtes. Mit der Förderung freiwilligen bürgerschaftlichen Engagements reagieren Seniorenbüros auf eine veränderte Werteorientierung und helfen nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben bzw. nach Beendigung der Familienphase den „jungen Alten“, ihre dritte Lebensphase - die nachberufliche Beschäftigung - selbstbestimmt und aktiv zu gestalten. Perspektivisch können Seniorenbüros bei einem flächendeckenden Ausbau damit einen wesentlichen Beitrag zur Entlastung von Kommunen sowie zum Erhalt bzw. Zuwachs von Lebensqualität leisten.

Praktisch ist die Arbeit eines Seniorenbüros so angelegt, dass sie als Anlaufstellen im Hinblick auf Information und Beratung für ältere Menschen in deren Einzugsbereich fungieren. Sie bieten einerseits Orientierungshilfen für eine sinnvolle Gestaltung des dritten Lebensabschnitts, wecken andererseits aber auch Interesse an Aktivität und Engagement. Besteht der Wunsch, sich zu engagieren, werden die Senioren vermittelt: In eine Gruppe oder ein Projekt, das vom Seniorenbüro gemeinsam mit Älteren initiiert wurde, an Verbände oder Einrichtungen, die freiwillige Mitarbeiter suchen oder an bestehende Gruppen und Vereine in

den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen. Zusammenfassend sind die Schwerpunktaufgaben der Seniorenbüros wie folgt zu beschreiben:

- Öffentlichkeitsarbeit zur Unterstützung und Aufwertung des freiwilligen Engagements
- Information und Beratung von Senioren über freiwilliges Engagement und Selbsthilfe
- Zusammenarbeit mit Fachleuten zur Unterstützung des freiwilligen Engagements von Senioren, u.a. durch Information, Beratung, Vernetzung und Organisation gemeinsamer Projekte
- Aktivierung und Motivation älterer Menschen zu freiwilligem Engagement/Selbsthilfe durch Entwicklung sog. niedrigrschwelliger Angebote
- Vermittlung von Senioren in Tätigkeiten für Einrichtungen und Verbände, in Gruppen und Vereine, das ehrenamtliche Team der Seniorenbüros sowie in neu initiierte Gruppen und Projekte (Begleitung von ehrenamtlich Tätigen)
- Beratung und Unterstützung von Gruppen und Projekten für Senioren, u.a. durch konzeptionelle und organisatorische Hilfen, Weiterbildung, Erfahrungsaustausch, Vernetzung, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit sowie Organisation gemeinsamer Projekte
- Erschließung von Tätigkeitsfeldern für Senioren durch Ermittlung von Angeboten, Entwicklung bedürfnisgerechter Einsatzbedingungen und Organisationsformen sowie durch den Aufbau neuer Gruppen
- Information über Angebote der offenen Altenarbeit und der Altenhilfe.

Selbstverständlich sind zur Erreichung der oben aufgeführten Zielsetzungen auch andere Organisationsformen denkbar bzw. in der kommunalen Praxis bereits anzutreffen. Hervorzuheben ist insofern insbesondere die Bestellung von kommunalen **Seniorenbeauftragten**. Auch das bereits angesprochene Modell der **Seniorenagentur** umfasst ein vergleichbares Aufgabenspektrum, indem es Senioren hinsichtlich ihres ehrenamtlichen Engagements u.a. durch einen speziell entwickelten Info-Pool vermittelt und berät.

3.7.

Politische Partizipation

- Einen großen Stellenwert nimmt die Weiterentwicklung der politischen Partizipation älterer Menschen an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen ein. Es müssen Strukturen ausgebaut werden, um Altersfragen integrativ zu behandeln und die Wahrnehmung der Interessen älterer Menschen auf allen Ebenen zu ermöglichen.

Die Antwort auf die Frage, ob ältere Menschen sich im gesellschaftlichen Bild vom Alter als ernstgenommene Mitbürger wiederfinden, entscheidet sich auch und vor allem danach, ob sie sich in die politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse eingebunden fühlen und ihre Interessen und Bedürfnisse politisch geltend machen können. Der Anteil älterer Menschen unter den (potentiellen) Wählern sowie unter den Mitgliedern von Verbänden, Vereinigungen und Parteien ist in den vergangenen Jahrzehnten angestiegen und wird - mit Blick auf die demographische Entwicklung - auch in Zukunft weiter ansteigen. Die numerische „Macht“ der Älteren hat sich jedoch bislang nicht in einer entsprechenden direkten Beteiligung an der politischen Entscheidung niedergeschlagen.

Politische Partizipation spielt sich infolgedessen heute zum größten Teil nur in Betroffenenorganisationen wie Seniorenbeiräten oder Seniorenverbänden statt in allgemeingesellschaftlich maßgeblichen Organisationen ab. Zwar sind viele ältere Menschen unmittelbar in ihrer Funktion als Mitglieder von Kommunalvertretungen am politischen Geschehen beteiligt, dies bedeutet allerdings nicht, dass dort auch spezielle Seniorenpolitik betrieben wird. Mit anderen Worten: Die ältere Generation ist zwar im Rat vertreten, nimmt aber dort wenig spezifisch eigene Interessen wahr. Deshalb ist neben der Beteiligung an konventionellen Formen politischer Partizipation eine Interessenvertretung notwendig, die älteren Menschen die Möglichkeit eines Engagements gibt, eigene Potentiale entwickeln und gesellschaftlich nutzen zu können. Dies kann insbesondere in Seniorenbeiräten und Seniorenvertretungen realisiert werden; eine aktivierende Seniorenpolitik muss ältere Menschen dazu ermutigen, ihre Interessen und Bedürfnisse auch politisch geltend zu machen: Senioren wollen und sollen mitentscheiden können, wo es um ihre Belange geht.

Diesem Wunsch älterer Menschen nach Mitgestaltung hat die kommunale Verwaltung dadurch entsprochen, dass die örtliche Seniorenpolitik an die Älteren selbst bzw. deren Interessengruppen rückgekoppelt wurde. Seniorenvertretungen und -beiräte haben insoweit eine zentrale Stellung eingenommen. Durch die Übertragung eines eigenen Verantwortungsbereiches, der den breitgefächerten Bedürfnissen der Senioren gerecht werden soll, werden auf der einen Seite die Kommunen entlastet. Auf der anderen Seite wird dem stetig steigenden altenpolitischen Handlungsbedarf mit dem Ziel entgegengekommen, die Kenntnisse über die Lebenssituation älterer Menschen zu verbessern. Die Interessenvertretung älterer Menschen, wie sie durch Seniorenvertretungen wahrgenommen wird, kann und wird zwar nicht die parlamentarische Entscheidung ersetzen, da es sich nicht um Entscheidungsgremien handelt. Ihre Funktion liegt aber in der Diskussion mit den politischen Entscheidungsträgern, um diese über die Bedarfslage und Belange der älteren Menschen zu beraten. Ziel ist es, eine Politik zu installieren, die ältere Menschen nicht ausgrenzt, sondern sich auf deren Lebenserfahrung und Kenntnisse stützt. Seniorenvertretungen stellen deshalb ein Bindeglied zwischen Politik und älteren Menschen dar.

- Vertretung der Interessen und politischen Belange älterer Menschen auf der jeweiligen örtlichen Ebene gegenüber Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung
- Beratung von Kommunalverwaltungen/-parlamenten in Fragen, die Senioren betreffen (z.B. Sozial-, Wohn-, Verkehrsfragen sowie ambulante und stationäre Versorgung)
- Mitarbeit in kommunalen Ausschüssen und Gremien
- allgemeine Öffentlichkeitsarbeit für Senioren
- persönliche Beratung von Senioren

3.8. Wohnungsbau und Bauleitplanung

- **Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnsituation nehmen bei der Sicherung und Verbesserung der selbständigen Lebensführung eine wichtige Rolle ein. Kommunale Wohnungspolitik und Bauleitplanung sind insoweit wichtige Felder, die insbesondere für die Schaffung neuer Wohnformen und die Weiterentwicklung des Wohnraumangebots für ältere Menschen Möglichkeiten bieten.**

Eine Stärkung der Selbsthilfe kann insbesondere auch durch ein Angebot seniorengerechten Wohnraums erfolgen. Die kommunale Wohnungsbaupolitik steht vor der Herausforderung, neue Wohnformen wie z.B. Seniorenwohn- und Hausgemeinschaften, integrierte Wohnanlagen und Mehrgenerationenwohnungen sowie eine Vernetzung mit bei Bedarf abrufbaren Hilfesystemen (weiter) zu entwickeln, die einen geeigneten seniorengerechten Wohnraum darstellen, und einen entsprechenden bauplanungsrechtlichen Rahmen vorzugeben; hierdurch wird die Selbständigkeit älterer Menschen erhalten und gestärkt.

Die meisten älteren Menschen verbleiben heute nach dem Auszug ihrer Kinder oder dem Tod des Ehepartners in ihrer bisherigen Wohnung. Nicht zuletzt dadurch wird die Versorgung dieser Senioren und ihre soziale Einbindung zunehmend schwieriger. Einerseits stehen aufgrund rückläufiger Kinderzahlen, steigender Frauenerwerbsquote und hoher - beruflich bedingter - Mobilität immer weniger Verwandte zur Verfügung, die notwendige Hilfeleistungen erbringen könnten. Andererseits fällt auch Nachbarschaftshilfe weitgehend aus, weil häufig ganze Viertel von Personen etwa der gleichen Altersstufe bewohnt werden. Bedingt durch die demographische Bevölkerungsentwicklung und die hieraus resultierende Heterogenität älterer Menschen haben sich viele „Übergangsstufen“ gebildet, bei denen eine umfassende wirtschaftliche und pflegerische Versorgung noch nicht notwendig, gleichwohl aber eigenständiges Wohnen ohne jegliche Hilfeleistungen ebenfalls nicht mehr möglich ist. Die Wohnformen Altenwohnheim, Altenheim und Altenpflegeheim bieten Sicherheit für den Notfall und werden infolgedessen nur als letzte Notlösung akzeptiert, da sie z.T. massiv in das Leben und die Eigenständigkeit der Bewohner eingreifen.

Wohnformen

Wohnmodelle für ältere Menschen müssen daher verstärkt an deren Bedarfssituation angepasst werden. Für ein solchermaßen angepasstes altengerechtes Wohnen lassen sich im wesentlichen zwei Anforderungen formulieren: Zum einen sollten altengerechte Wohnungen möglichst zentral gelegen bzw. in solche Nachbarschaften eingegliedert sein, die von der Alterstruktur her „durchmischt“ sind und eine gute Infrastruktur aufweisen. Zum anderen sollten die Wohnmodelle Sicherheit für den Fall zunehmender Hilfsbedürftigkeit bieten und zugleich ein eigenständiges Wohnen zulassen, das ein hohes Maß an Unabhängigkeit und Selbständigkeit beinhaltet. Im Wesentlichen stehen diesen Anforderungen vier Wohnformen gegenüber: Individuelles Wohnen, selbst und extern organisierte Wohneinheiten sowie Wohnen unter Einbeziehung von Nachbarschaftshilfe.

Individuelles Wohnen

Individuelles Wohnen meint ein von anderen unabhängiges Wohnen in öffentlich geförderten Wohnungen (Sozialwohnungen), frei finanzierten Privatwohnungen oder in sog. Altenwohnungen. Altenwohnungen sind in sich abgeschlossene Wohnungen, die altengerecht ausgestattet sind; sie werden entweder in Altenwohnhäusern zusammengefasst, oder in konventionellen Mietshäusern „eingestreut“. Aufgrund ihrer Ausstattung bieten sie den Bewohnern ein größeres Maß an Sicherheit als herkömmliche Wohnungen, dafür sind umgekehrt allerdings nachbarschaftliche Integration und die Möglichkeit der Betreuung stark eingeschränkt. Insbesondere im Falle zunehmender Gebrechlichkeit gewähren die ambulanten Dienstleistungsangebote keine ausreichende Sicherheit. Im Übrigen ist zu berücksichtigen, dass die Option, eine Altenwohnung zu beziehen, im Hinblick auf deren Preis von vornherein nur einer begrenzten Zielgruppe eröffnet ist.

Selbst organisierte Wohneinheiten

Die selbst organisierten Wohneinheiten stellen eine Form des gemeinschaftsorientierten Wohnens dar. Gemeinschaftsprojekte haben den Vorteil, dass den Bewohnern im Gegensatz zur Situation bei den individuellen Wohnformen die Angst vor Einsamkeit im Alter genommen wird und zudem die Möglichkeit einer Kostenreduzierung für professionelle Hilfeleistungen etc. gegeben ist. Die Besonderheit der selbst organisierten Wohneinheiten liegt darin, dass die Projekte von den Bewohnern selbst initiiert und unter deren Regie geplant sind, d.h. die Organisation sowohl des Gemeinschaftslebens als auch professioneller Hilfe liegen vollständig in der Verantwortung der Bewohnerschaft und sind nicht in das Projekt integriert. Es sind drei Varianten denkbar:

Extern organisierte Wohneinheiten (Betreutes Wohnen)

Eine weitere Form gemeinschaftlich orientierten Wohnens ist die extern organisierte Wohneinheit. Im Gegensatz zu den vorstehend skizzierten selbst organisierten Wohneinheiten sind Betreuungs- und/oder Hilfsangebote in das Projekt integriert; Initiative und Verantwortung können bei einem Träger oder aber bei der Bewohnerschaft liegen. Sinn und Zweck des betreuten Wohnens ist es, denjenigen Menschen, die vorübergehend oder für längere Zeit nicht (mehr) selbständig oder ohne Hilfe leben können, ein möglichst selbständiges Leben außerhalb stationärer Einrichtungen zu ermöglichen. Dabei werden im Ergebnis die Vorteile des eigenständigen Wohnens mit den Vorteilen des sicheren Wohnens in einem Heim kombiniert. Je nach dem Grad der angestrebten Eigenständigkeit sind die folgenden Modelle zu unterscheiden:

Betreute Wohnanlagen

Betreutes Wohnen meint selbständige, altengerecht ausgestattete Wohnungen, die in einem größeren Wohnkomplex zusammengefasst sind. Sie verfügen über Gemeinschaftseinrichtungen und ein Angebot an Betreuungsleistungen, die in der Regel eine pauschale Grundversorgung und zusätzlich abrufbare Dienstleistungsangebote umfassen. Bei den betreuten Wohnanlagen sind wiederum - abhängig von der Organisation der Betreuungsangebote - zwei Formen denkbar:

Die **heimverbundenen Wohnanlagen** stehen in organisatorischer und/oder räumlicher Verbindung mit einem Altenwohn- oder Pflegeheim. Durch Betreuungsverträge wird die Grundversorgung der Bewohner gesichert. Die Regelleistungen umfassen z.B. Notrufversorgung, Hilfe bei vorübergehender Krankheit, Koordination von Dienstleistungen und eine soziale Betreuung; zusätzliche Dienstleistungen (etwa Versorgung mit Essen, pflegerische Hilfe u.ä.) können je nach Bedarf abgerufen und abgerechnet werden.

Demgegenüber hat bei **Wohnanlagen mit integrierter Betreuung** der Anbieter der Betreuungsleistungen einen „Stützpunkt“ in der Wohnanlage. Durch einen separaten Betreuungsvertrag mit dem Anbieter werden Leistungen wie z.B. ständige Dienstbereitschaft der Mitarbeiter des Stützpunkts im Haus, Beratung und Hilfe bei vorübergehender Erkrankung und Koordination von zusätzlichen Dienstleistungen garantiert. Oft wird auch die Freizeitgestaltung von diesen Grundverträgen mitumfasst.

Betreute Wohngemeinschaften

Gegenüber den betreuten Wohnanlagen zeichnen sich die betreuten Wohngemeinschaften durch eine erheblich geringere Bewohnerzahl, persönlichere Betreuung und größere Einflussmöglichkeiten der Bewohner aus. Sie werden in der Regel von ambulanten Pflegediensten initiiert und betreut.

Neu- und ergänzende Planungen müssen sich zukünftig an die Veränderungen in der Altersstruktur der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt anpassen. Ob Straßenbelag, Gehwegabsenkungen und alle Herausforderungen einer barrierefreien Nutzung sind dabei zu berücksichtigen.

Handlungsempfehlungen

- Gezielte **Suche und Förderung nach Investoren** zur Umsetzung alternativer Wohnmöglichkeiten für ältere Menschen
- **Nutzung von Kooperationen** übergeordneter Zuständigkeiten/ Wohnbauförderung Kreis/Land/Bund . (Modellprojekt Nordwalde) Beratung und Betreuung möglicher Investoren
- **Planungsbeschlüsse** grundsätzlich zukunftsgerichtet auch auf „Seniorentauglichkeit“ überprüfen. Einbindung der Erkenntnisse der Anforderungen einer alternden Gesellschaft grundsätzlich in Entscheidungen mit einbeziehen, barrierefreie Anbindungen, Verkehrswege sicher gestalten,

Hospize

Den Prinzipien menschlicher Würde und individueller Persönlichkeit verpflichtet leistet die **Hospizbewegung** - auch über längere Lebensphasen - Lebenshilfe und Sterbebegleitung. Mit der Veränderung der Institution der Großfamilie fehlt heutzutage der früher nahezu selbstverständliche Beistand der Angehörigen im Todesfall, oft auch der Beistand für die Hinterbliebenen danach. Die in den achtziger Jahren entstandene Hospizbewegung hilft Sterbenden, die ihnen verbleibende Lebenszeit so inhaltsvoll wie möglich entsprechend ihren individuellen Wünschen gestalten zu können. Entscheidend für die Entwicklung dieser Bewegung ist, dass sie von einer breit getragenen Bürgerbewegung mit großem ehrenamtlichen Engagement ausgeht, wodurch mit dazu beigetragen wird, das Thema Sterben und Tod in unserer Gesellschaft zu enttabuisieren.

Die Leistungen werden sowohl zu Hause in der gewohnten Umgebung ebenso wie in stationären Einrichtungen erbracht. Im Vordergrund dabei steht die ganzheitliche mitmenschliche Begleitung, was auch darin zum Ausdruck kommt, dass im Hospiz unter anderem Ärzte, Pflegekräfte, Psychologen und Sozialarbeiter regelmäßig gemeinsame Beiträge leisten. Die Hospizbewegung wendet sich aber nicht nur an den von Schmerzen Betroffenen oder Sterbenden selbst, sondern bezieht darüber hinaus auch Angehörige und

Freunde etc. in die Betreuung als Teil der Sterbebegleitung ein. Auf lange Sicht kann diese Sterbebegleitung dazu beitragen, dass sich angemessene Formen des gesellschaftlichen Umgangs mit der Todesthematik ausbilden und (wieder) gemeinsame Rituale entwickelt werden, die dem Umgang mit Sterben, Tod und Trauer einen allgemeinverbindlichen Bezugsrahmen geben und dadurch den Einzelnen emotional entlasten können.

- Stärkung und Stützung der Hospizbewegung

5 Zusammenfassung der Ideen /Handlungsempfehlungen - Kurzform

Handlungsempfehlungen Bund, Land, Kreis

- Sicherstellung der Sozialsysteme (Rente, Krankheit, Pflege)
- Fortschreibung der Landespflegeplanung
- Fortschreibung der Altenhilfeplanung im Kreis
- Ausbau der Tages- und Kurzzeitpflege
- Sicherstellung der Pflegerischen Strukturen stationär und ambulant
- Ausweitung der Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen ambulanten und stationären Einrichtungen, Übergangslösungen zwischen Krankenhaus, Pflege stationär und ambulant weiterentwickeln, Kurzzeitpflege ausbauen, Hospizarbeit

Ideen und Handlungsempfehlungen für Steinfurt

- **Fortschreibung einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit und Beratung der Senioren** zu allen Fragen der Pflegesituation
- z.B. **gemeinsame Broschüre der Anbieter Pflegedienste**, „Wer macht Was“ in der Stadt
- **Information / Beratung Sicherung der materiellen Grundbedürfnisse, Beratungsstunden der Stadt für ältere Menschen**
- **Fortführung der Beratung, Hilfestellung und Qualifizierung der pflegenden Angehörigen,**
- **Informationen zu ergänzenden Diensten, nicht nur für Pflegebedürftige**
- **Weiterentwicklung der Nutzungsmöglichkeiten von öffentlichen Verkehrsmitteln**, indem älteren Menschen die Nutzung und Handhabung erleichtert wird. (Niederflurbussen) Haltestellen da, wo sie wirklich gebraucht werden,

- Ausstattung mit Unterstellmöglichkeit, Sitzgelegenheit. Anpassung der Fahrpläne. Anpassung der Verkehrsverbindungen, Haltestellen.
- **Sitzmöglichkeiten in den Innenstädten** und zusätzlich auch bei öffentlichen Veranstaltungen, „Ausruhmöglichkeit“ anbieten,
 - An den fußläufigen „Zubringerwegen“ aus den Siedlungsbereichen in die Innenstädte sind weitere **Sitzmöglichkeiten** aufzustellen, Wege für Ältere zu lang (siehe Umsetzung CDU Antrag Burgsteinfurt, Bänke an den Hauptwegen)
 - **Nahversorgung** mit Lebensmitteln sicherstellen
 - **Bonusfahrten** (Taxiunternehmen ?) für ältere Menschen (zum Beispiel an Wochenmarkttagen zum Einkauf in die Innenstadt), alternativ Angebot durch Selbstinitiativgruppe
 - Bürgerbus/ Bürgerauto z.B: **Besuchsfahrten zum Krankenhaus**
 - **Angebot von Dienstleistung / Vermittlung / Beratung**
 - **Ausbau der ambulanten Versorgung** durch ergänzende Dienstleistungen
 - **Mehr Öffentlichkeitsarbeit zu Beratungsmöglichkeiten** für ältere Menschen durch die vorhandenen Dienste
 - **Senioren ausstellungsmesse „Wir stellen uns vor“**, Anbieter stellen gemeinsam ihre Angebote vor
 - **Seniorenbegleitung**, (mit der Ausbildung einiger Steinfurterinnen und Steinfurter zu Seniorenbegleitern ist begonnen worden). Ein sehr sinnvolles Angebot, das ausgebaut und verstärkt bekannt gemacht werden sollte. Mehr Öffentlichkeitsarbeit erforderlich, notwendig die weitere Gewinnung von Ehrenamtlichen für diesen Bereich um der Nachfrage gerecht zu werden
 - **Bestandsanalyse: Was gibt es in Steinfurt? Infoblatt „Wir sind wer“** Zusammenfassung der ambulanten und stationären Einrichtungen und Angebote, Seniorenvereinigungen, Seniorenarbeit in den Vereinen.
 - **Jung und Alt – Zusammenführung der Generationen** Kindergärten und Schulen sollten verstärkt mit Senioren zusammenarbeiten. Erfahrungen der älteren Generation gezielt weitergeben – die einen werden gebraucht – die anderen lernen von der Erfahrung
 - **Mobilität im Alter erhalten durch barrierefreie Zugänge in den Geschäften.**
 - Bei allen Umbauten **hindernisfreien Zugang** mit berücksichtigen
 - **Ausstattung der Innenstadt/ Geschäfte, Cafés, öffentliche Einrichtungen barrierefrei**
 - **Öffentliche Toiletten** sauber und zentral anbieten
 - Die Nutzungsmöglichkeit der **Toiletten an den Friedhöfen** sicherstellen
 - Mehr **Bänke** auf den Friedhöfen
 - Bei öffentlichen Veranstaltungen, z.B. in großen Räumen die möglichen Hörprobleme älterer Menschen berücksichtigen

- Eine „**Willkommenskultur**“ für ältere Menschen bei Veranstaltungen entwickeln
- **Anpassung des Warenangebotes** an alle Altersklassen, Senioren sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor
- **Geländer an Gebäuden und Treppenaufstiegen** sind nicht immer selbstverständlich oder zu hoch und unpassend angebracht.
- **Straßenbelag** - auch Innenstadt - so gestalten, das Rutsch- und Stolpergefahren gebannt sind, Gehwegabsenkungen weiter fortsetzen
- langfristige **Sicherstellung der ärztlichen Haus- und Facharztversorgung** in der Stadt
- Sicherstellung der **stationären Behandlung im Marienhospital**
- Sicherstellung der **Apothekenversorgung auch am Wochenende** in beiden Ortsteilen
- **Informationsveranstaltungen** zum Thema Gesundheit für Ältere gezielt anbieten
- Schwimmen z.B. in der Elisabethschule für ältere Burgsteinfurter einmal die Woche (Winter anbieten) Gesundheitstraining
- Informationspolitik der Vereine an ihre Mitglieder Sport für Ältere, **Abbau von Hemmschwellen**, im Alter noch mit dem Sport zu beginnen.
- Fortführung auch von **vereinsungebundenen Gesundheitstraining/** Krankenkasse (Präventionsgesetz Bund) auch hier Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit und „**Mutmachen zur Teilnahme**“, kleine Gruppen , klare Altersangebote, Zusammenarbeit mit Ärzten
- **Angebot Seniorenschwimmen, Wassergymnastik** auch im Kursverfahren mit intensiver Betreuung
- **Handwerkerdienst** (Kleinreparaturen für ältere und bedürftige Menschen im Stadtteil, z.T. auch für soziale und caritative Einrichtungen)
- Telefon- und **Beratungsgruppe** (Anlaufstelle für alle Fragen des Älterwerdens; Hilfsdienst, wie z.B. Begleitung bei Arzt- und Behördengängen)
- Kultur und Kommunikation (Literatur-/Geschichtskreis, Besuch von Veranstaltungen, Museen, Ausstellungen etc.)
- **Interessenbörse** (Treffpunkt für Menschen mit gleichen Beschäftigungen und Interessen)
- Gesundheit und Sport (Wanderungen, Kurse in Gymnastik, Rückenschule etc.).
- **barrierefreie Einrichtung der Internetseite der Stadt Schriftgröße etc.)**

- **Veranstaltungen der Weiterbildungseinrichtungen** weiter anbieten, Vormittagskurse, kleine Gruppen, Angebote für Senioren Musikschule sollte **Angebot speziell für Senioren** machen.
- **Ausbau von Kursen „Jung hilft Alt“**, zum Beispiel in der Schulung mit dem Umgang von neuen Medien. Persönlicher Berater/ Beraterin, junger Mensch berät

vielleicht gegen Entgelt mal zu Hause. „Hilfe mein Handy klingelt“, sind sehr gute Ansätze

- **Öffentlichkeitsarbeit** zur Unterstützung und Aufwertung des **freiwilligen Engagements**
- Information und Beratung von Senioren über freiwilliges Engagement und Selbsthilfe
- Zusammenarbeit mit Fachleuten zur Unterstützung des freiwilligen Engagements von Senioren, u.a. durch Information, Beratung, Vernetzung und Organisation gemeinsamer Projekte
- Aktivierung und Motivation älterer Menschen zu freiwilligem Engagement/Selbsthilfe durch **Entwicklung sog. niedrigschwelliger Angebote**
- **Vermittlung von Senioren in Tätigkeiten für Einrichtungen und Verbände**, in Gruppen und Vereine, das ehrenamtliche Team der Seniorenbüros sowie in neu initiierte Gruppen und Projekte (Begleitung von ehrenamtlich Tätigen)
- Beratung und Unterstützung von Gruppen und Projekten für Senioren, u.a. durch konzeptionelle und organisatorische Hilfen, Weiterbildung, Erfahrungsaustausch, Vernetzung, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit sowie Organisation gemeinsamer Projekte
- Erschließung von Tätigkeitsfeldern für Senioren durch Ermittlung von Angeboten, Entwicklung bedürfnisgerechter Einsatzbedingungen und Organisationsformen sowie durch den Aufbau neuer Gruppen
- Information über Angebote der offenen Altenarbeit und der Altenhilfe.
- Vertretung der Interessen und politischen Belange älterer Menschen auf der jeweiligen örtlichen Ebene gegenüber Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung sicherstellen
- Mitarbeit in kommunalen Ausschüssen und Gremien
- Gezielte **Suche und Förderung nach Investoren** zur Umsetzung alternativer Wohnmöglichkeiten für ältere Menschen
- **Nutzung von Kooperationen** übergeordneter Zuständigkeiten/ Wohnbauförderung Kreis/Land/Bund . (Modellprojekt Nordwalde) Beratung und Betreuung möglicher Investoren
- **Planungsbeschlüsse** grundsätzlich zukunftsgerichtet auch auf „Seniorentauglichkeit“ überprüfen. Einbindung der Erkenntnisse der Anforderungen einer alternden Gesellschaft grundsätzlich in Entscheidungen mit einbeziehen, barrierefreie Anbindungen, Verkehrswege sicher gestalten,

6

Schlusswort

Aus der geplanten, kleinen Übersicht ist für uns selbst überraschend ein umfangreiches Papier geworden. Viele Informationen mussten gesichtet, sortiert und persönliche Anmerkungen mit eingebunden werden. Um unser Ziel der Bewusstseinsbildung zu erreichen, zukünftige Entscheidungen an der sich verändernden Bevölkerungsstruktur auszurichten, konnte auf die Erläuterungen nicht verzichtet werden. Unabhängig von der zukünftigen Geburtenentwicklung werden wir uns gemeinsam auf diese Veränderungen einstellen müssen. Familienpolitik muss alle Generationen erfassen. Mit dem „Lokalen Bündnis für Familien“, den entsprechenden Stadtmarketing – Arbeitskreisen und der zuständigen Fachausschüsse der Stadt haben wir gute Voraussetzungen, die Herausforderungen zu bewältigen.

Unser Dank gilt nochmals den Beteiligten, die ganz konkret mitgearbeitet haben: Bürgerinnen und Bürger der Stadt, Mitarbeiterinnen der Altenhilfeeinrichtungen, Sigríd Spenneberg, Wilfried Völker, Annemarie Bäumer, Christel Dephoff, Marianne Finke, Elisabeth Hünteler, Rita Damer, Maria Müller, Doris Gremplinski, CDU – Fraktion im Rat der Stadt Steinfurt

31.12.	Einwohner		Gesamt- veränderung (zum Vorjahr)	Geburten		Sterbefälle		Geburten- (+) bzw. Sterbefall- überschuss (-)		Zuzüge		Fortzüge		Wanderungs- gewinn(+) bzw. -verlust(-) Absolut
	Absolut	1985=100		Absolut	1985=100	Absolut	1985=100	Absolut	1985=100	Absolut	1985=100	Absolut	1985=100	
1985	31.430	100,0		342	100,0	303	100,0	39 +	1.282	100,0	1.351	100,0	140 +	
86	31.432	100,0	2 +	365	106,7	324	106,9	41 +	1.230	95,9	1.269	93,9	140 +	
87	30.950	98,5	-472	343	100,3	328	108,3	15 +	1.073	83,7	1.154	85,4	140 +	
88	30.193	96,1	-757	364	106,4	318	105,0	46 +	1.236	96,4	1.139	84,3	97 +	
89	30.818	97,4	-375	368	107,6	342	112,9	26 +	1.633	127,4	1.234	91,3	399 +	
90	31.484	100,2	666	388	113,5	298	98,3	90 +	1.945	151,7	1.169	86,5	776 +	
91	31.911	101,5	427	399	116,7	289	95,4	110 +	1.698	131,7	1.371	101,5	317 +	
92	32.181	102,4	270	388	113,5	300	99,0	88 +	1.584	124,3	1.412	104,5	182 +	
93	32.557	103,6	376	411	120,2	279	92,1	132 +	1.781	138,9	1.537	113,8	244 +	
94	32.907	104,7	350	387	113,2	346	114,2	41 +	1.791	139,7	1.482	109,7	309 +	
95	33.268	105,8	361	369	107,9	316	104,3	53 +	1.745	136,1	1.437	106,4	308 +	
96	33.445	106,4	177	354	103,5	297	98,0	57 +	1.698	132,4	1.578	116,8	120 +	
97	33.603	106,9	158	435	127,2	295	97,4	140 +	1.555	121,9	1.537	113,8	18 +	
98	33.859	107,1	256	392	114,6	307	101,3	85 +	1.370	106,9	1.399	103,6	29 +	
99	33.756	107,4	-93	387	113,2	309	102,0	140 +	1.459	113,8	1.430	105,8	134 +	
2000	33.955	108,0	199	355	103,8	300	99,0	55 +	1.409	109,9	1.275	94,4	68 +	
01	34.052	108,3	97	364	106,4	335	110,6	29 +	1.452	113,3	1.384	102,4	141 +	
02	34.187	108,8	135	307	89,8	313	103,3	38 +	1.439	112,2	1.298	96,1	239 +	
03	34.393	109,4	206	287	83,9	320	105,6	38 +	1.532	119,5	1.283	95,7	136 +	
2004	34.566	109,9	162	351	102,6	325	107,3	26 +	1.560	121,7	1.424	105,4	140 +	
2005	34.720	110,5	154	320	93,6	300	99,0	20 +					140 +	
06	34.880	111,0	160	310	90,6	300	99,0	10 +					140 +	
07	35.030	111,5	150	310	90,6	310	102,3	0					140 +	
08	35.170	111,9	140	310	90,6	320	105,6	0					140 +	
09	35.310	112,3	140	310	90,6	320	105,6	0					140 +	
10	35.440	112,8	130	310	90,6	330	108,9	0					140 +	
11	35.560	113,1	120	320	93,6	340	112,2	0					140 +	
12	35.690	113,6	130	320	93,6	340	112,2	0					140 +	
13	35.800	113,9	110	320	93,6	360	115,5	0					140 +	
14	35.920	114,3	120	320	93,6	350	115,5	0					140 +	
15	36.030	114,6	110	320	93,6	360	118,8	0					140 +	
16	36.140	115,0	110	330	96,5	370	122,1	0					140 +	
17	36.240	115,3	100	330	96,5	370	122,1	0					140 +	
18	36.340	115,6	100	330	96,5	380	125,4	0					140 +	
19	36.440	115,9	100	330	96,5	380	125,4	0					140 +	
20	36.540	116,3	100	330	96,5	380	125,4	0					140 +	
21	36.630	116,5	90	330	96,5	390	128,7	0					140 +	
22	36.710	116,8	80	320	93,6	390	128,7	0					140 +	
23	36.790	117,1	80	320	93,6	380	128,7	0					140 +	
24	36.870	117,3	80	320	93,6	400	132,0	0					140 +	
25	36.930	117,5	25	320	93,6	400	132,0	0					140 +	
2025	36.980	117,7	50	320	93,6	410	135,3	0					140 +	

Neues Zuhause für Jung und Alt im Ortskern

Wohnpark „Zur Alten Molkerei“

-oh- Nordwalde. Als sie über den Flächennutzungsplan für die Gemeinde sprachen, kam irgendwann die Sprache auf das Gelände der alten Molkerei. „Warum passiert da nichts?“, fragte sich das Duo – und beließ es nicht beim Fragen. Reinhard Herrmann und Reinhard Bering handelten. Nachdem sie den Entschluss gefasst hatten, das brach liegende Grundstück zu bebauen, ging alles ganz schnell. Verfügbarkeit der Fläche, Vorgehen des Bebauungsplans, Analyse des Wohnraumbedarfs – innerhalb kurzer Zeit wurden die entscheidenden Fragen geklärt.

Dass Reinhard Herrmann als Architekt die Entwürfe für die künftige Bebauung erstellte, versteht sich von selbst. Was dem Duo vorschwebt, ist ein Wohnpark, in dem generationsorientiertes, gemeinschaftliches Wohnen für alle Generationen einen Platz finden soll.

Geplant sind drei Häuser, die bacilich durch einen Gemeindefußstrahl in der Mitte des Areals verbunden sind. Dort sollen 25 Wohnungen entstehen: 50, 60, 80, 100 und 130 Quadratmeter groß sollen die einzelnen Wohnungen sein – das schafft Auswahl für Bewohner mit ganz unterschiedlichen Bedürfnissen und Anforderungen. Nicht unsonst hoffen Bering und Herrmann darauf, dass Senioren, Singles, Paare, Familien und Wohngemeinschaften zu den künftigen Bewohnern zählen. Einige Wohnungen sollen vermietet, andere verkauft werden.

Vorgesehen ist ein breites Angebot für die Bewohner: die Anwesenheit eines Betreuers, beratende Unterstützung in sozialbehördlichen Angelegenheiten, die Vermittlung von medizinischen Dienstleistungen, gemeinsame Ausflüge, kulturelle Veranstaltungen und Aktivitäten

in den Gemeinschaftsräumen. Neben einem Fitnessraum, einer Sauna und einem Wäscheraum soll der „Wohnpark Zur alten Molkerei“ auch über einen Gästebereich verfügen, in dem Besucher nächtigen können. Die älteren Dimensionen des Gebäudes werden richteten Hans ähnhn. Die erforderlichen Parkplätze sollen am Rand des Grundstücks entstehen, das Innere des Areals soll ganz den Bewohnern vorbehalten bleiben.

„Zentral und dennoch ruhig“, nennt Reinhard Herrmann die Lage. Zentral, weil die Lage an der Ecke Bahnhofstraße / Altenberger Straße kaum näher an der Ortsmitte sein könnte. Ruhig, weil der Baukörper im hinteren Bereich des Grundstücks errichtet wird. Vorne bietet Platz für eine Grünfläche, die im Zuge eines eventuellen Rückbaus der Bahnhofstraße (nach dem Bau der Umgehungsstra-

ße) einer neuen Nutzung zugeführt werden könnte. Möglich wurde dies durch einen Grundstückstausch mit dem Nachbarn.

Cefragt seien in Zukunft andere Wohnformen, sagt Bering. „Ich denke, näher zu Menschen wieder, näher zu sanuarücken.“ Demographische und gesellschaftliche Entwicklungen gehen eben auch an Nordwalde nicht vorbei. Das Konzept des Hauses unterscheidet sich grundlegend von anderen Einrichtungen, betont Herrmann. Die Idealvorstellung: Nachbarn erleben die Gemeinschaft als bereichernd und greifen sich bei alltäglichen Problemen gegenseitig unter die Arme. „Wir möchten dieses Haus mit Leben füllen“, so Bering, für den das unternehmerische Engagement in diesem Bereich Neuland ist.

Im Planungsausschuss, dem die Pläne in dieser Woche vorgestellt wurden, fiel das

Urteil überwiegend positiv aus. Wilhelm Volpers (CDU) nannte die Pläne „äußerst interessant“. Rudolf-Josef Fischer (UWG) sagte: „Ich kann das nur begrüßen. Das ist der richtige Platz.“

Wie Herrmann und Bering erläuterten, will das Duo, das sich zu den Investitionskosten nicht äußert, im Sommer 2006 mit dem Bau beginnen und im Herbst 2007 fertig sein. Der Ausschuss stimmte der erforderlichen Änderung des Bebauungsplanes (vor allem mussten Baugrenzen verschoben werden) einstimmig zu.

Im Tauschrausch

Ich gebe Sprachunterricht, du putzt meine Fenster: In einem Verein ist das möglich

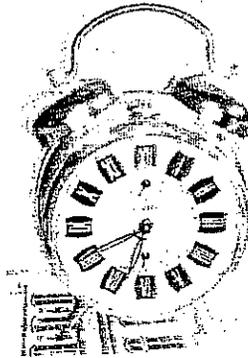
Die Talente des Menschen sind endlich. Umso besser ist es daher, sie zu teilen: Mit ein wenig Hilfe wird man zum Fast-Alles-Könnler. Merke: Je größer der Kreis an helfenden Händen, desto besser.

Was aber, wenn ausgerechnet die besten Freunde der Welt die schlechtesten Tapezierer sind? Der Nachbar sich eines schwarzen statt eines grünen Daumens rühmen darf? Ein geschicktes Tauschmanöver kann hier Abhilfe schaffen. Nein, nicht den Freundeskreis wechseln. Sondern die eigenen Tauglichkeiten gegen andere anbieten. Die Tauschbörse Münster ver-

mittelt gern. „Give and Take“ ist eine von etwa 350 Tauschsystemen in Deutschland.

Das Prinzip: Bürger einer Stadt oder Region helfen sich mit Rat und Tat, in Hobby und Beruf. Ob Anstreichen, Babysitten, Tarot legen oder Möbel zusammenschrauben. Vieles ist den Mitgliedern einen Tausch wert. Als Wechselstufe fungiert die Vereinszentrale. Für die Währung gilt: Zeit ist Geld. Die geleistete Arbeitszeit wird schriftlich festgehalten und auf Konten verbucht. Der eigene Stand kann jederzeit abgefragt werden.

„Zeit ist das ideale Zahlungsmittel, denn sie ist auch



Mehr Zeit für eigene Interessen haben: Dank einer Tauschbörse ist das machbar. Foto: Lütkenheier

dann noch vorhanden, wenn das Geld knapp wird“, ist man sich im Verein einig.

Lediglich Materialkosten werden gestellt. So lässt sich eine Stunde Fensterputzen bei Mitglied A gegen Sprachunterricht bei B oder Aikido bei C tauschen. Die aktuellen Angebote und Nachfragen werden durch die Vereinszeitschrift vermittelt. Regelmäßige Treffen schaffen Vertrautheit unter den Mitgliedern. Lust auf Tauschrausch? Am besten bei der nächsten Versammlung vorbeischaun: am 13. Dezember um 18 Uhr im Café Milagro, Frauenstr. 3-7. * COL

» www.muenster.org/tauschen/

Eine Stunde Arbeit für einen Quadratmeter Wohnfläche

Projekt will Senioren und Studenten zusammenbringen

Von Martin Kalitschke

Münster. 46 000 Münsteraner sind über 65 Jahre alt, 11 000 gar über 80. Viele von ihnen leben in geräumigen Wohnungen oder Häusern – oft allein, weil der Partner bereits verstorben ist. Nicht selten fühlen sie sich einsam, gleichzeitig fallen ihnen die täglichen Arbeiten mit zunehmendem Alter immer schwerer.

Diesen Menschen steht mit rund 50 000 Studenten eine etwa gleich große Bevölkerungsgruppe junger Menschen gegenüber, die auf der Suche nach bezahlbarem Wohnraum sind. Oft haben sie nur wenig Geld – sind aber aktiv und sozial engagiert.

Im neuen Projekt „Wohnen für Hilfe“ will die Stadt diese beiden Gruppen zusammenbringen. Die Idee: Senioren bieten jungen Menschen günstigen Wohnraum an; die re-

vauchieren sich mit praktischer Alltagshilfe – Einkaufen, Spazierengehen, Putzen, Computerunterricht. Die Faustregel: „Pro Quadratmeter Wohnfläche wird pro Monat eine Stunde Hilfe geleistet“, so Gabriele Regenitter, Leiterin des Amtes für Wohnungswesen.

Was sich in der Theorie einfach anhört, könnte sich in der Praxis durchaus schwierig gestalten, räumt Sozialdezernentin Dr. Agnes Klein ein. Anfragen interessierter Studenten liegen bereits vor, Wohnungsangebote von Senioren hingegen noch nicht. „Die Hürde ist hoch, einen Fremden in die Wohnung zu lassen“, vermutet Klein.

Durch umfassende Betreuung will die Stadt erreichen, dass nur zusammenzieht, wer auch zusammengehört. Studenten, die Interesse an dem Projekt haben, werden von Christa Reiffer zu einem persönlichen Gespräch einge-

laden; interessierte Senioren besucht sie zu Hause. Nur wenn beide Seiten ähnliche Vorstellungen vom künftigen Zusammenleben haben, wird sie einen Kontakt herstellen, der im günstigsten Fall zum Abschluss eines Mietvertrages führt, „in dem so viel wie möglich festgelegt werden sollte, um Reibungspunkte zu vermeiden“.

Ähnliche Projekte gibt es bereits in München und Freiburg – mit großem Erfolg, wie Regenitter betont. Jeweils über 180 Partnerschaften wurden dort bereits abgeschlossen. „In Münster“, betont Klein, „würden wir uns im ersten Jahr über 30 bis 40 freuen.“

Informationen erteilt Christa Reiffer, Tel. 492 64 51. Ein Info-Café findet ab 8. Dezember an jedem zweiten Donnerstag im Monat im Gesundheitshaus statt.

» www.muenster.de/stadt/wohnungsamt

